

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2018  
im Rat der Stadt Herten – 29. November 2017**

*Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE*

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen schreibt sein Drehbuch gnadenlos fort. Mussten wir vor einem Jahr miterleben, wie die Landesregierung den seit 2012 immer wieder genehmigten Haushaltssanierungsplan als fehlerhaft bezeichnete, zeigte das Jahr 2017, was noch von der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung übrig ist: Nichts! Den traurigen Höhepunkt bildete dabei der 02. November, als der Rat durch die Landesregierung entmachtet und aus dem Ratssaal verbannt wurde. Eine entsandte Regierungsbeamtin strich mal eben die 5 Millionen Euro aus dem angeblich fehlerhaften Sanierungsplan, wogegen sich Bürgermeister, Rat und Verwaltung gemeinsam ein Jahr lang gestemmt hatten. Ob rot-grüne oder schwarz-gelbe Landesregierung – das Kürzungsdiktat wird nicht angetastet und unverändert durchgezogen! Es ist daher nur folgerichtig, dass wir hier gemeinsam an der Position festhalten, gegen diesen nicht nachvollziehbaren Eingriff zu klagen. Lange, zu lange, wurde kritiklos alles geschluckt und umgesetzt, was uns an Kürzungsvorgaben aus Düsseldorf aufoktroziert wurde!

Und dabei muss man sich das laufende Haushaltsjahr noch einmal deutlich bewusstmachen: Unsere Stadt hatte fast das ganze Jahr lang keinen genehmigten Haushalt. Dringende Investitionen für den Kita- und OGS-Ausbau, die Innenstadtsanierung, die Sanierung öffentlicher Immobilien wie dem Jobcenter, Personaleinstellungen und -beförderungen lagen auf Eis, aber kaum jemand in der Stadt regt sich noch darüber auf.

Und diese Lethargie innerhalb der Bürgerschaft, die frustriert gar keine Erwartungen mehr an die kommunale Daseinsvorsorge hat, ist - neben dem ungeheuerlichen Akt der Entmachtung des Rates - das Dramatischste an diesem unsäglichen Strangulierungspakt.

Und kurioserweise bewirkt dann noch der Totalausfall kommunaler Handlungsfähigkeit, dass sich dieser erzwungene Entwicklungs-Stillstand positiv auf den Haushalt auswirkt und das Defizit nicht so hoch ausfällt wie erwartet!

*Zitat: „Mit dem Stärkungspaktgesetz trägt das Land Nordrhein-Westfalen dazu bei, dass überschuldete Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden.“* Zitatende. So ist auf den Internetseiten der Gemeindeprüfungsanstalt – kurz GPA - NRW zu lesen. Diese hilft im Auftrag der Landesregierung den hochverschuldeten Kommunen, den strikten Kürzungspakt einzuhalten. Dabei wurden auch in diesem Jahr wieder die kleinsten und aberkleinsten Stellschrauben gesucht, um aus der viel zitierten ausgequetschten Zitrone doch noch ein winziges Tröpfchen rauszuholen.

Und nun schlägt uns allen Ernstes die GPA vor, in unserer Stadt, in der es so viele arme und von Armut bedrohte Menschen gibt – hier sind vor allem Kinder und ältere Menschen zu nennen - weitere Einschnitte im Sozialbereich vorzunehmen! Da werden Gebührenerhöhungen bei den Kita-Beiträgen, weitere Schließungen von Schulen, Turnhallen, Schwimmbädern und noch mehr Personalkürzungen mal eben so angeregt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung hinterlassen bei unserer Fraktion jedoch nur noch ein fassungsloses Kopfschütteln.

Werden diese Forderungen erfüllt, werden noch mehr Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren. Denn viele haben eben nicht mehr das Gefühl, dass es aufwärts geht – von der Symbolpolitik einer Grundsteuersenkung um 5 Prozentpunkte haben sie wenig. Im tagtäglichen Existenzkampf machen sie ganz andere Erfahrungen und glauben, dass die etablierten Parteien nicht mehr ihre Interessen vertreten.

Untersuchungen zeigen, dass dies vor allem Menschen sind, denen es aktuell gar nicht schlecht geht und die sogar noch in unserer Stadt Arbeit finden. Aber wenn sie keine Aussichten mehr auf einen sozialen Aufstieg haben, sie arm trotz Arbeit sind und sehen, dass sie durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Scheidung schnell ganz unten landen können, wenn sie um ihre Rente bangen oder ihre Kinder trotz aller Bemühungen vor einer ungewissen Zukunft stehen, dann führt diese unsoziale Politik dazu, dass sie sich für eine Partei entscheiden, die ihnen zwar auch nicht hilft, von der sie aber hoffen, dass ihre Wahl zumindest die anderen Parteien ärgert.

Dennoch überbieten Sie sich geradezu mit Kürzungsvorschlägen, meine Damen und Herren, um die öffentlichen Leistungen weiter abzubauen. Mit der Einsparung einer Vollzeitkraft wurde zum Beispiel bereits 2016 mal eben so ein Viertel des VHS-Angebots ersatzlos gestrichen. Und nun fordert die SPD-Fraktion weitere erhebliche Einschnitte.

Was hier geschieht, meine Damen und Herren, kann man nur als einen Angriff auf den Fortbestand der unabhängigen Weiterbildung in unserer Stadt bezeichnen! Und es ist skandalös, dass ausgerechnet die ehemalige Arbeiter-Partei SPD das Angebot der Volkshochschule nur noch unter der Prämisse der wirtschaftlichen Verwertbarkeit zusammenstreicht.

Auch im Bereich der „Mobilen Kinderarbeit“ wird heftig gekürzt. Dort finden wir schon lange keine hauptamtlichen Kräfte mehr. Die anfallenden Aufgaben werden durch Honorarkräfte erledigt – so wie es in vielen Bereichen der außerschulischen Bildung der Fall ist. Damit findet außerschulische und kulturelle Bildung zwar noch in unserer Kommune statt - aber nicht überall und nicht mit allen und für alle.

Und es ist auch eine Schande, dass immer mehr normale Beschäftigungsverhältnisse in dieser Verwaltung durch Minijobs, Honorar- und Werkverträge und damit durch immer mehr prekäre und atypische Beschäftigung ersetzt werden. Es reicht eben nicht aus, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, sich nur hinter dem Feigenblatt „keine betriebsbedingten Kündigungen“ zu verstecken.

Arbeitsverdichtung und Leistungsdruck durch eine permanente personelle Unterbesetzung ruinieren die Gesundheit und das innerbehördliche Betriebsklima gleichermaßen – eine solche Entwicklung sollten Sie als SPD-Fraktion nicht nur am 1. Mai auf dem Marktplatz beklagen, sondern vor allem hier im Rat verhindern.

Und was ist nun die Folge Ihrer jahrelangen massiven Stellenreduzierung? Selbst wenn Land und Bund den Kommunen Fördergelder ohne weitere Auflagen bereitstellen, ist unsere Verwaltung kaum noch in der Lage, die Mittel abzurufen! Auch ohne einen genehmigten Haushalt hätten notwendige Investitionen mit Mitteln aus dem Programm „Gute Schule 2020“ und dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz längst durchgeführt werden können!

Dringende Sanierungen von Fachräumen, Heizungsanlagen, Dächern und Fassaden an unseren Schulen und Sporthallen – nun ist Geld dafür da, aber der Verwaltung fehlt das Personal! Es ist nicht zu fassen!

Die verwaltungsinternen Kommunikations- und Entscheidungsprozesse müssen aber unverzüglich beschleunigt werden, damit die Gelder noch fristgerecht abgerufen werden können. Gleichzeitig muss es den Ratsmitgliedern ermöglicht werden, die dazugehörigen Unterlagen, die immer umfangreicher und komplexer werden, gründlich zu prüfen. Deshalb hat unsere Fraktion beantragt, dass eine detaillierte Berichterstattung mindestens quartalsweise stattfinden muss. Nur so ist gewährleistet, dass die Abarbeitung der Förderprogramme nachvollziehbar begleitet werden kann.

In dieser turbulenten Zeit gleichzeitig eine große Neuorganisation der Verwaltung durchzuführen, ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten, insbesondere für die Beschäftigten der Stadt. Erinnern möchte ich an dieser Stelle noch einmal, dass die Fraktionen von SPD und CDU mit einer gemeinsamen Tischvorlage die Verwaltungsspitze, den Personalrat sowie die anderen Fraktionen überrumpelten. Es ist immer noch unbegreiflich, wie ein so wichtiger Schritt mal eben in wenigen Minuten verabschiedet wurde.

Das Ergebnis dieses Vorpreschens ist, dass zwar alle vorhandenen Fachbereiche ihre Leitung verlieren, aber die Ebenen darunter nicht schnell genug durch neue Einstellungen gestärkt werden. Wir freuen uns jedoch sehr, Herr Bürgermeister, dass Sie nun doch noch eine Möglichkeit gefunden haben, um zumindest ab Oktober 2018 einen Sozialdezernenten einzustellen – leider geschieht dies jedoch zulasten der Pressestelle.

Und um dieser enorm arbeitsintensiven Neu- und Umstrukturierung noch die Krone aufzusetzen, wird dann auch noch schnell zum Jahresende die Betriebsaufspaltung des ZBH vollzogen. Zwar verschafft uns die Neubewertung des Anlagevermögens mehr Luft, den Haushaltssanierungsplan einzuhalten, aber die strukturelle Unterfinanzierung der Kommune wird damit auch nicht beseitigt. Und welche neuen Risiken in dieser Aufspaltung liegen, werden wir erst in den nächsten Jahren sehen. Bereits jetzt zeigt sich schon, dass sich die jahrelange personelle Unterbesetzung im Bereich der städtischen Immobilien nicht länger durchziehen lässt und viele Neubesetzungen nötig werden.

Deshalb bleibt DIE LINKE bei ihren Forderungen, dass

1. die hochverschuldeten Kommunen in NRW einen Schuldenschnitt brauchen, damit sie handlungsfähig werden und ihnen nicht bei steigenden Zinssätzen der Haushalt endgültig um die Ohren fliegt,
2. Bund und Land zukünftig das Konnexitätsprinzip berücksichtigen müssen und
3. die Einnahmeseite der Kommunen durch eine Steuerreform, die Konzerne und Superreiche stärker besteuert, deutlich verbessert werden muss.

Wenn das nicht geschieht, streiten Sie auch im nächsten Jahr nur wieder darüber, wie das erneute Defizit kompensiert werden muss: Doch noch mit einer Grundsteuererhöhung, Stellenreduzierungen oder einem weiteren Sozialabbau? – Nur, um zu retten, was so nicht zu retten ist?

Wir jedenfalls machen dabei nicht mit und lehnen auch diesen Haushalt ab!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!